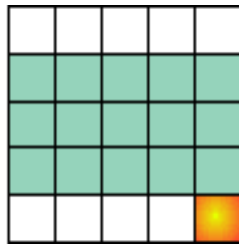
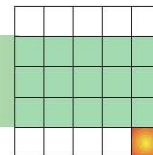


Gewerbeförderung Freudenberg AG



Pressemitteilungen

2002 - 2005



Inhalt

Pressemitteilungen

Standort Freudenberg	3
Märkische Oderzeitung - 17.09.2002	3
Berliner Kurier - 12.10.2002	5
Handelsblatt - 29.4.2003	6
Spiegel Heft 22/2003	7
Berliner Zeitung - 21.01.2004	9
Handelsblatt – 24.11.2004	11
Tagesspiegel – 20.03.2005	12
Märkische Oderzeitung – 13.06.2005	14
Andere Standorte	15
Spiegel Heft 37/2002	15

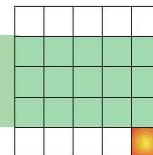
Gewerbeförderung Freudenberg AG

Weinbergstr. 21-31

16259 Freudenberg

Telefon: (033451) 558-0
Fax: (033451) 558-558
Email: post@freudenberg-ag.de
Web: www.freudenberg-ag.de

Die Gewerbeförderung Freudenberg AG oder deren Mitarbeiter erbringen keine Steuer- oder Rechtsberatung



Niedrigsteuer-Oase geplant

Märkische Oderzeitung 17. September 2002 – Auszug

Beiersdorf-Freudenberg senkt Hebesatz für Gewerbe auf 20 Prozent / Berater will Etat ausgleichen AWJ-Areal soll Ansiedlungsboom ungeahnten Ausmaßes erleben / Stellvertreter des Bürgermeisters hält Risiko noch für überschaubar

Beiersdorf-Freudenberg (MOZ) Mit einem zumindest im Landkreis Märkisch-Oderland einzigartigen Projekt eifern die Volksvertreter dem Vorbild des nordfriesischen Dorfes Norderfriedrichskoog nach, das keine Gewerbesteuer erhebt. Beiersdorf-Freudenberg hat seinen Hebesatz für die Gewerbesteuer immerhin von 300 auf 20 Prozent gesenkt. Auf diese Weise sollen Investoren angelockt werden.

Während hinter dem Deich nach einem Anfang dieses Monats im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" erschienenen Bericht vor allem die Unternehmen reich werden, weil sie in Größenordnungen Steuern sparen, soll die Steueroase Beiersdorf-Freudenberg auch der Gemeinde den heiß ersehnten Aufschwung bringen.

Allein wären die Volksvertreter wohl kaum auf die Idee gekommen, so Ansiedlungspolitik zu betreiben. Der Wirtschaftsberater Eberhard Teufel aus Berlin hat sich in der parlamentarischen Sommerpause an Bürgermeister Roland Buchholz gewandt und ihm ein auf jeden Fall ungewöhnliches Geschäft vorgeschlagen: Falls die Gemeinde bereit sei, für die Dauer von zwölf Jahren den Hebesatz bei beinahe konkurrenzlos niedrigen 20 Prozent zu belassen, werde er sich erkenntlich zeigen, kündigte der Unternehmer an, als er bald darauf an einem Treffen der Volksvertreter teilnahm. Das Parlament war Feuer und Flamme und beschloss wie gewünscht die Senkung. Und zwar unter der Maßgabe, dass erstens auch der Kreis als zuständige Kommunalaufsicht diesem Ansinnen zustimmen wird und dass zweitens Eberhard Teufel das Loch im aktuellen Haushalt von Beiersdorf-Freudenberg stopft. Dazu hatte er sich umgehend bereit erklärt.

Seine Zusage hielt der Wirtschaftsberater aufrecht, als sich die Volksvertreter Ende voriger Woche erneut trafen, um ihren Gewerbesteuer-Beschluss zu ändern, den sie im Juli in einer wegen Urlaubs geschrumpften Runde gefasst hatten. Denn Falkenbergs Amtsdirektor Eberhard Alberti hatte Beiersdorf-Freudenberg in der Zwischenzeit darauf hingewiesen, dass es ein klarer Verstoß gegen das Kommunalrecht wäre, gemeindliche Hebesätze für länger als maximal zwei Jahre festzuschreiben. Und so wandelten die Volksvertreter ihren Beschluss in eine Willenserklärung um, die weit unverbindlicher ist. Ihren Nachfolgern empfehlen sie nur noch, den Hebesatz von 20 Prozent beizubehalten.

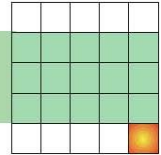
"Eine schriftliche Erklärung mit deutlich mehr Aussagekraft wäre mir ohne Zweifel lieber", gab Eberhard Teufel in der Debatte zu. Den Beiersdorf-Freudenbergern hatte er sich am Anfang der Sitzung als Kapitalgeber in Erinnerung gebracht, der mehrere Millionen Mark auf dem rund 51 Hektar großen Gelände der Akademie der Wissenschaften des Judentums (AWJ) investiert habe.

Das gleich nach der Wende als Gewerbegebiet genutzte Areal steht mittlerweile leer und ist überdies noch und noch mit Grundschulden belastet. "Ich hatte die Wahl, mich entweder mit dem dort erlittenen Verlust abzufinden oder aber kühn einen Neuanfang zu wagen", erklärte der Wirtschaftsberater im Parlament. Die Steueroase solle möglichst bald zu einem Ansiedlungsboom führen.

Für Beiersdorf-Freudenberg hat sich die Allianz zwischen Gemeinde und Unternehmer schon ausgezahlt - vorausgesetzt, Eberhard Teufel lässt seiner Ankündigung Taten folgen. Denn Eberhard Teufel hat zugesagt, den Haushalt der Gemeinde für das Jahr 2002 auszugleichen. Es handelt sich immerhin um rund 51 000 Euro, die auf das kommunale Konto fließen sollen.

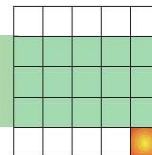
"Unsere einzige Gegenleistung war es, den Hebesatz schon für das laufende Jahr auf 20 Prozent zu senken", betonte Bürgermeister Roland Buchholz. Dass dieser Schritt Beiersdorf-Freudenberg alles andere als schwer fiel, ist nicht bloß mit der Hoffnung auf einen Aufschwung zu begründen. Die Gemeinde

Gewerbeförderung Freudenberg AG



erzielt momentan keinen Cent Einnahmen aus der Gewerbesteuer. "Ob mit 300 oder 20 Prozent als Berechnungsgrundlage nehmen: Solange es bei uns nicht aufwärts geht, wird unter dem Strich immer eine Null stehen", erklärte das Dorfoberhaupt.

Sven Klamann



Eine Oase im märkischen Sand: 90 % weniger Steuern

Berliner Kurier 12. Oktober 2002 –

Freudenberg - Was Politiker vor Wahlen vollmundig versprechen in einer 650 Seelen-Gemeinde nordöstlich von Berlin ist es seit einigen Tagen Realität. Radikal, um 90 Prozent, wurden die Steuern gesenkt. Erste Investoren haben bereits angeklingelt.

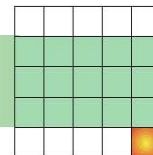
"Zu verlieren hatten wir nichts", sagt Bürgermeister Ronald Buchholz (parteilos), "denn das Gewerbesteuer-Aufkommen ist kaum nennenswert. Also versuchen wir es jetzt mal als Steueroase. Und hoffen, dass uns das in die wirtschaftliche Blüte führt."

Eigentlich konnte Freudenberg nach der Wende guter Hoffnung sein. Die alte DDR-Polizeischule mit ihrer Nutzfläche von 10.000 Quadratmetern wäre bereit gewesen für Dutzende Unternehmer und Hunderte neuer Arbeitsplätze. Doch es ging so, wie vielerorts in Brandenburg: Statt des Geldes kamen die Schulden. Mit 55.000 Euro türmt sich in der Gemeindekasse ein gewaltiges Defizit. Derzeit ist jeder Vierte arbeitslos.

Die Idee für eine neue Chance kam im letzten Sommer von einer Gruppe hochkarätiger, deutscher Steuerexperten, der "Gewerbeförderung Freudenberg AG". Der Berliner Steuerberater Eberhard Teufel: "Wir schlugen dem Bürgermeister vor, den Gewerbesteuerhebesatz von üblichen 300 auf 20 Prozent zu senken. Unsere Gruppe würde sich dann im Gegenzug um Investoren für das Polizeigelände kümmern."

Gesagt, getan. Kaum sind die Steuern gesenkt, kommen die ersten Bewerber: "Wir verhandeln mit einem Unternehmer, der auf einen Schlag 600 Arbeitsplätze in der Region schaffen würde. Und mit 3 Firmen, die auf erneuerbare Energien spezialisiert sind", verrät Teufel. Briefkastenfirmen ohne echten Firmensitz, wie sie andernorts ins Gerede kamen, sind ihm und Bürgermeister Buchholz ein Dorn im Auge. "Dem schieben wir einen Riegel vor! Denn wir wollen keine Phantome, sondern echten Aufschwung." Nwk

www.BerlinOnline.de © 2001 G+J BerlinOnline GmbH & Co. KG, 11.10.2002



Handelsblatt

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

(...) im Landkreis Märkisch-Oderland wächst ein Nachfolger heran.

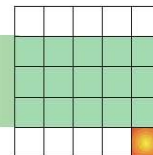
Handelsblatt 29.4.2003 - Auszug (...)

Vor wenigen Wochen hat die Gemeinde Beiersdorf-Freudenberg im Landkreis Märkisch-Oderland ihren Gewerbesteuer-Hebesatz auf Null gesenkt. "Nur 40 Kilometer von Berlin-Mitte entfernt, 6 000 Quadratmeter Büro- und Gewerbefläche, ausreichend Parkplätze und umfangreiche beplanbare Freiflächen", wirbt die Gewerbeförderung der Gemeinde.

"Zu uns müssten die deutschen Banker ihre Wagen nicht mehr in den Matsch fahren, wenn sie ihr Unternehmen besuchen wollen, wie dies in NFK der Fall ist. Bei uns gibt es Parkplätze", sagt Freudenbergs Chef-Vermarkter Robert Masata. Zudem bietet Freudenberg den Firmen noch einen Extra-Clou: Das Gelände, das früher eine DDR-Kaserne beherbergte, erstreckt sich in die Nachbargemeinde Heckelberg, in der exakt der Hebesatz gilt, ab dem die Kommune nicht mehr als Steueroase gilt: 200 %. "Somit besitzen wir weitere Büroräume, die in einem für Tochtergesellschaften deutscher Mütter absolut optimalen Gewerbesteuerbereich liegen", wirbt Masata.

Initiator des Projektes ist der Berliner Steuerberater Eberhard Teufel. Er hatte vor einigen Jahren das Gelände finanziert und kämpft nun mit dem anhaltenden Wertverfall der Immobilie. Um die Zwangsversteigerung zu verhindern, legte er den lokalen Volksvertretern ein Konzept vor: Die Gemeinde verpflichtet sich, den Hebesatz mittelfristig sehr niedrig zu halten. Dafür verspricht Teufel der Kommune Arbeitsplätze, Infrastruktur und ausgeglichene Haushalte. "Steuer sparen und dabei die Region entwickeln", lautet das Motto. Finanzieren sollen dies die Unternehmen mit einem "Standortentwicklungsbeitrag". Jeder der sich ansiedeln möchte, muss mit der Gewerbeförderungs AG -neben dem Mietvertrag - einen separaten Vertrag abschließen. Darin verpflichtet er sich, rund 2 % vom Gewinn vor Steuern und Zinsen an die Gewerbeförderung zu zahlen - gerade einmal 10 % der Gewerbesteuerschuld in einer Großstadt.

Axel Schrinner



DER SPIEGEL

Paradies mit Baracken

Spiegel Heft 22/2003

Norderfriedrichskoog hat es vorgemacht: Im Wettlauf um Firmen und Investitionen senken immer mehr Gemeinden die Gewerbesteuer auf null - und tricksen ganz legal den Fiskus aus.

Die Zukunft beginnt hinter einem Metalltor. Es geht über holprige Betonplatten, vorbei an einem alten Wachhäuschen, auf ein Kasernengelände mit vielen Kiefern. Vorn auf dem Areal stehen ein paar Baracken und drei heruntergekommene Bürohäuser, dazwischen die Reste eines Starkstrom-Sicherheitszauns, hinten im Wald ducken sich leer geräumte Munitionslager und unterirdische Bunkeranlagen.

Hier in Freudenberg, etwa 35 Kilometer nordöstlich von Berlin, hatte die Spitze der DDR-Volkspolizei einst ihr Rückzugsquartier für den Krisenfall. Und hier soll, 13 Jahre nach dem Fall der Mauer, demnächst wieder ein Zufluchtsort entstehen - dieses Mal nach streng kapitalistischen Regeln.

Ende März hat die 650-Einwohner-Gemeinde beschlossen, den Hebesatz für die Gewerbesteuer auf null zu senken - und damit Deutschlands größte Steueroase zu schaffen. "Alle haben ständig gefordert, im Osten eine Sonderwirtschaftszone zu errichten", sagt der Berliner Steuerberater Eberhard Teufel, der das Kasernengelände finanziert, "wir machen es jetzt." Seither rollen dunkle Mietwagen durch den Ort, erkunden Männer in dezenten Zweireihern die Gassen und überlegen, so ein Besucher aus Süddeutschland, "wie wir das mit den Aktienpaketen regeln".

Dabei dürfte es, zumindest wenn man den Ankündigungen der Politik glaubt, ein Steuerparadies wie Freudenberg gar nicht mehr geben: Anfang April hatten Roland Koch (CDU) und Peer Steinbrück (SPD), die Steuer-Unterhändler im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat, stolz verkündet, dass derartige Oasen künftig trockengelegt würden. Darauf habe man sich in einer langen Nachtsitzung geeinigt.

Als Synonym für die Bemühungen der beiden Ministerpräsidenten - und des Bundesfinanzministers - stand dabei der Name Norderfriedrichskoog. In der 45-Einwohner-Gemeinde hinter dem Deich, unweit von Husum, hatten sich in den vergangenen Jahren Hunderte Unternehmen angesiedelt, verteilt auf gerade 13 Backsteinhöfe und 2 Einzelhäuser.

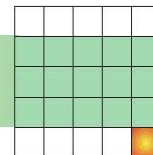
Renommierte Firmen wie die Deutsche Bank, E.on, Unilever oder Eli Lilly hatten zahllose Tochtergesellschaften in das kleine Steuerparadies ausgegliedert. So verwaltete die Deutsche Bank von Norderfriedrichskoog aus weite Teile ihres Beteiligungsbesitzes, darunter milliardenschwere Aktienpakete von DaimlerChrysler oder der Allianz. Das Geldhaus profitierte dabei vom Steuersatz null, während Städte wie Frankfurt, Düsseldorf oder München, mit Hebesätzen von nahezu 500 Prozent, unter massiven Steuerausfällen litten.

Mit einer Art Mindeststeuer wollte der Vermittlungsausschuss das Steuer-Dumping endlich beenden. Doch nun, kaum zwei Monate später, zeigt sich, dass die komplizierten, im Lauf der Verhandlungen mehrfach geänderten Paragraphen letztlich nur einer kleinen Gruppe von Unternehmen schaden: den Tochtergesellschaften von deutschen Konzernen.

Die Klausel greift nicht, wenn es sich um den Ableger einer ausländischen Firma oder um ein selbständiges Unternehmen ohne Holding handelt, etwa einen Produktionsbetrieb. "Alle haben geglaubt, der Steuersatz null sei abgeschafft", sagt Teufel, "aber dem ist nicht so."

Und deshalb bekommt Norderfriedrichskoog nun plötzlich Konkurrenz von neuen und alten Oasen im Hinterland. So hat etwa das Örtchen Kreuzbruch im Kreis Oberhavel, etwa 30 Kilometer nördlich von Berlin, bereits vor fünf Jahren die Gewerbesteuer abgeschafft. Denn Bürgermeister Götz-Dieter Seydlitz

Gewerbeförderung Freudenberg AG



hatte sich maßlos darüber geärgert, dass er einen Großteil der Einnahmen in den Finanzausgleich abführen musste.

"Warum sollen wir mit unserem Geld den Landeshaushalt stützen, wenn wir mit Steuerfreiheit vielleicht Investoren nach Kreuzbruch locken können?", schimpfte er damals. Heute haben sich über ein Dutzend Firmen im 186-Einwohner-Dorf angesiedelt, darunter Immobilien- und Grundstücksverwaltungen.

Auch Ronald Buchholz, der Amtschef von Beiersdorf-Freudenberg, sieht die Steuerfreiheit ganz pragmatisch: "An uns ist die Entwicklung vorbei gelaufen. Wenn wir nicht diese letzte Chance ergreifen, werden uns auch die Polen noch abhängen", sagt der Landwirt. Viel zu verlieren hat er nicht. Schließlich hat Freudenberg schon seit Jahren praktisch keine Gewerbesteuer eingenommen, weil es an Firmen mangelt.

Zudem versprach Investor Teufel, einen Teil der Erlöse aus dem künftigen Gewerbepark direkt in die örtliche Infrastruktur zu investieren; vorab überwies er schon einmal 50 000 Euro. Die Gemeinde wiederum hat sich verpflichtet, den Steuersatz zwölf Jahre lang bei null zu halten. "Wir werden hier reale Jobs schaffen, anders als in Norderfriedrichskoog", verspricht Wilfried Kahrs, der Chef der von Teufel gegründeten Gewerbeförderungs-AG; in fünf Jahren sollen möglichst 500 bis 600 Arbeitsplätze entstehen. Eigenhändig hat Kahrs deshalb alle Briefkästen auf dem Kasernengelände abmontiert. Niemand soll auf den Gedanken kommen, hier säßen Scheinfirmen.

Noch stehen die Gebäude weitgehend leer, doch bald soll es hier brummen. Mobilfunkfirmen und Fluggesellschaften hätten angefragt, versichert Teufel, ebenso eine Elektrofirma, die bisher mit mehreren hundert Mann in Tunesien produziert sowie eine namhafte Bank, die gleich 20 Leute mitbringen will.

Noch größer, noch ehrgeiziger sind die Ziele in einer anderen Steueroase weiter westwärts: "NewPark" nennt sich das Vorhaben am nördlichen Rand des Ruhrgebiets, dessen Planung seit rund fünf Jahren von der Industrie- und Handelskammer (IHK) aus Gelsenkirchen und den Städten Datteln und Waltrop vorangetrieben wird - und in den nächsten Monaten in seine entscheidende Phase tritt.

Auf fünf Quadratkilometern werden, wenn die beiden Städte endgültig zustimmen, 6000 bis 9000 Arbeitsplätze entstehen. Die NewPark-Macher wollen vor allem ausländische Konzerne anlocken. Sie werben mit viel Platz ("Flächen für großräumige Projekte"), einem Sondertarifvertrag ("höchstmögliche Flexibilität") sowie extrem günstigen Steuern - und wissen dabei sogar die nordrhein-westfälische Landesregierung hinter sich.

So hat die IHK aus Gelsenkirchen mit Hilfe des Wirtschaftsministeriums ein dickes, bislang noch geheimes Handbuch entwickelt, das sich, was die Steueranreize betrifft, an Norderfriedrichskoog orientiert: Es sei zu erwarten, heißt es in dem Buch, "dass ein Gewerbesteuerhebesatz zwischen null und 100 auch im nördlichen Ruhrgebiet Unternehmen anlocken würde".

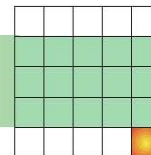
Konkret sollen, so sieht es der Masterplan vor, die Firmen im NewPark fünf Jahre lang von der Gewerbesteuer befreit werden, wenn sie im ersten Jahr mindestens 100 Jobs anbieten. Und wer nach fünf Jahren dann mindestens 500 Jobs geschaffen hat, bekommt für weitere zehn Jahre den Nulltarif eingeräumt.

Offen werben für mag Karl Schulte-Uebbing, der Chef der IHK aus Gelsenkirchen, nicht offen für den NewPark werben. Noch hält er sich mit Details zurück, auch aus Angst, andere Städte könnten das Konzept nachahmen: "Die Sorge ist sehr groß. Denn Arbeitsplätze wollen alle schaffen."

Weniger groß scheint indes die Angst vor einem neuerlichen Versuch der Regierung zu sein, die Steueroasen trocken zu legen. Eberhard Teufel jedenfalls zitiert genüsslich Artikel 28 des Grundgesetzes, der den Gemeinden eine weit reichende Finanzautonomie zusichert. Dazu gehöre auch die "Eigenverantwortung" bei den Steuern.

Sollte die Regierung sich im Rahmen der geplanten Gemeindefinanzreform dennoch für einen harten Eingriff entscheiden, könnten die betroffenen Gemeinden vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen klagen. Oder aber die betroffenen Firmen wandern ins Ausland ab. "Hans Eichel", sagt Teufel, "muss erst noch lernen, dass um Deutschland keine Mauer herum ist."

Ulrich Schäfer



Ohne Schulden

Berliner Zeitung 21. Januar 2004

Vor einem Jahr schuf sich Freudenberg eine Steueroase – vier Leute aus dem Ort fanden dort Arbeit

FREUDENBERG. Das eiserne Tor zum Steuerparadies steht jedem offen. Ein Betonweg führt zu einer kleinen Parkfläche, eingerahmt von einigen verlassenen Baracken. Von dort sind es nur ein paar Schritte zu den dreigeschossigen Plattenbauten, die ihre ursprüngliche Nutzung nicht verbergen können. Graue Fassaden, die unteren Etagen haben Gitter vor den Fenstern. Die meisten Räume stehen leer, das Mobiliar verbreitet meist noch den Charme der DDR. Das einstige Kasernengelände im Wald, das bis 1990 einer Volkspolizei-Einheit als Unterkunft diente, wartet auf Kundschaft. Es wartet auf Steuersparer.

Vor mehr als einem Jahr hatte das Doppeldorf Beiersdorf-Freudenberg mit seinem Beschluss für Aufsehen gesorgt, ab 2003 keine Gewerbesteuer mehr zu verlangen. Eine Sensation mitten aus der brandenburgischen "Pampa". Überall wurde seinerzeit schon über die hohe Steuerlast diskutiert, und Freudenberg schafft sie einfach ab. Jedenfalls einen Teil davon. Bundesweit ging die Geschichte durch die Medien - Freudenberg wurde zur bekanntesten Steueroase in Deutschland nach Norderfriedrichskoog hinter den friesischen Deichen.

Doch der Weg ins Paradies erweist sich als holprig. Im Januar 2004 haben genau 32 Firmen oder Firmenteile ihren Sitz nach Beiersdorf-Freudenberg verlegt. Die meisten kommen aus Berlin und den neuen Bundesländern. "Es könnten mehr sein", räumt Hellmut Cawi der Chef der Freudenberg AG, ein. Das Unternehmen vermarktet das ungewöhnliche Gewerbegebiet auf halber Strecke zwischen Berlin und Polen. Die typischen Mieter seien Mittelständler, die ihren Betrieb selber führen, sagt Cawi. Er glaubt, dass die Diskussion über eine Gewerbesteuerreform den Umzugswillen mancher möglicher Neukunden gebremst habe. Gekommen sind unter anderem eine Hausbaufirma, ein Hersteller von Windrädern, verschiedene Beratungs- und Vermietungsgesellschaften. 20 Euro Wärmiete je Quadratmeter zahlen die Firmen.

Das Konzept für eine Steueroase war bis vorigen Sommer einfach zu erstellen. Denn die Höhe der Gewerbesteuer legt jede Stadt oder Gemeinde mit einem so genannten Hebesatz fest, der nach einem bestimmten Modus mit dem Unternehmensgewinn multipliziert wird. Eine Gemeinde brauchte nur ihre rechtliche Möglichkeit zu nutzen und den Hebesatz auf null zu senken, um die Gewerbesteuer auf null zu setzen. "Der Umzug nach Freudenberg lohnt sich aber nicht für Firmen, die weniger als 30 000 Euro Gewerbesteuer zahlen", sagt Cawi. Ansonsten sei alles ganz einfach. Die Firma müsse ihren Sitz nur nach Freudenberg verlegen, das Gewerbe im Ort anmelden und hier "effektiv vorhanden" sein. Dazu reicht ein Büro. Auf der Internet-Seite der Freudenberg AG gibt es noch den Tipp, dass sich ein Umzug auch "bei der Abwicklung großer, einmaliger Transaktionen" lohnt.

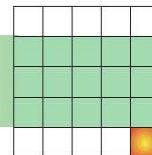
Bei Kommunalverbänden stößt das Null-Steuer-Prinzip grundsätzlich auf Ablehnung. "Das schadet unserem Ruf und zerstört das Solidarprinzip", sagt Karl-Ludwig Böttcher vom Städte- und Gemeindetag Brandenburgs. Alle deutschen Kommunen stöhnen über ihre schlechte Finanzausstattung. Da darf niemand auf eine solche Einnahmequelle verzichten."

Aus der Not geboren

„Wir haben damals aus der Not heraus so entschieden“, rechtfertigt Ronald Buchholz, seinerzeit Bürgermeister in Freudenberg, den Gemeindebeschluss. "Wir wollten keine Briefkastenfirmen anlocken, sondern einfach nur die Verwahrlosung der Kaserne stoppen."

Der Plan stammte von dem Berliner Steuerberater Eberhard Teufel, der das 50-Hektar-Areal am Ortsrand, Bunker inklusive, Anfang der 90er-Jahre von der Treuhand erworben hatte und verschiedene Geschäftsideen im Laufe der Zeit begraben musste. Angeblich soll bereits eine Zwangsversteigerung der

Gewerbeförderung Freudenberg AG



großen, aber nicht sonderlich begehrten Immobilie in Aussicht gestanden haben. So stimmten nach anfänglicher Skepsis alle Gemeindevertreter für das Projekt. Am meisten zählte das Argument, dass Freudenberg nichts zu verlieren habe. "Wir hatten ohnehin keine Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Da machte es auch nichts, wenn wir nun formal darauf verzichteten, dafür vielleicht aber neue Arbeitsplätze bekommen", sagt Buchholz. Vier sind es bisher geworden.

Aber die Freudenberg AG zahlte auch 50 000 Euro Schulden an den Ort zurück und legte noch 16 000 Euro drauf. Buchholz: "Damit hatten wir einen ausgeglichenen Haushalt und konnten die Fusionsprämie, die wir nach dem Zusammenschluss mit Beiersdorf erhielten, für das Aufstellen neuer Laternen einsetzen." Das Aufsehen nach dem Steuerbeschluss überraschte die Gemeinde dann aber doch.

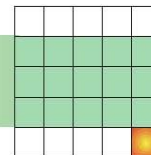
Das Aufsehen galt der Möglichkeit, dass auch Großunternehmen wie die Deutsche Bank nach Freudenberg kommen könnten. Die Deutsche Bank in Freudenberg, wo sich einige Dutzend Häuser um drei Teiche gruppieren und das einzige Lokal im Dezember dicht machte - daraus ist nichts geworden. "Der Vermögensfonds der Deutschen Bank hat den Umzug hierher tatsächlich erwogen, als er vor kurzem Norderfriedrichskoog verließ", sagt Hellmut Cawi von der Freudenberg AG. "Doch dann suchte sich der Fonds einen Standort bei Frankfurt am Main." Mit einer solchen Lage konnte Cawi nicht dienen.

Cawi sitzt im einstigen Kommandeurszimmer, Gebäude 22, und schaut durch die Gitter vor dem Fenster in den grauen Januartag. Vor einem halben Jahr hatte, er sein Quartier noch in Norderfriedrichskoog. Dann verlegte er den Sitz seiner Firma, die Jugendhotels in Berlin verwaltet, nach Freudenberg. Von hier ist die Hauptstadt nah. Nach kurzer Zeit übernahm er auch den Vorstand der Freudenberg AG. So ist der 68-Jährige sowohl Mieter als auch Vermieter, der die Büros in Freudenberg gern füllen würde.

Ein neues Bundesgesetz macht dies jetzt schwieriger. Denn seit diesem Jahr können Gemeinden nicht nur, sie müssen eine Gewerbesteuer verlangen. Ob von dieser Regelung auch das Steuerparadies Freudenberg betroffen ist, ist noch offen. Am 19. Dezember, als das Reformgesetz beschlossen wurde, hatte der Ort seinen Haushalt und die Gewerbesteuer von null Prozent auch für 2004 längst festgelegt. Vermieter Cawi ist überzeugt: "Damit sind wir nun absolut einmalig." Aber das müsse sich unter den Interessenten eben noch herumsprechen.

Viel Zeit bleibt nicht mehr. Spätestens ab 2005 wird das Tor zum Steuerparadies nicht mehr so einladend offen stehen. "Wir sind einfach zu bekannt geworden", sag Bürgermeister Buchholz.

Jürgen Schwenkenbecher



Dorf verklagt Eichel wegen Gewerbesteuer

Handelsblatt 24. November 2004

Karlsruhe muss über Mindesthebesatz entscheiden

DÜSSELDORF. Bundesfinanzminister Hans Eichel und seinen Länderkollegen droht ein Rückschlag im Kampf gegen Steueroasen. Doch nicht etwa in Dubai, die Cayman-Inlands oder Lichtenstein bereiten den Kassenwarten Sorge; Gefahr droht aus dem brandenburgischen Landkreis Märkisch-Oderland: Die letzte Steueroase Deutschlands, die Gemeinde Beiersdorf-Freudenberg, hat jetzt Beschwerde gegen den vom Gesetzgeber verordneten Mindesthebesatz bei der Gewerbesteuer eingereicht. Das Dorf sieht sein Recht auf kommunale Selbstverwaltung verletzt, heißt es in der Beschwerde, die dem Handelsblatt vorliegt. Seit Jahresbeginn müssen Kommunen mindestens 200 Prozent Gewerbesteuer-Hebesatz erheben:

Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz sichert den Kommunen das recht zu, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dazu zählt auch die kommunale Finanzhoheit und eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftsbezogene Steuerquelle, die Gewerbesteuer.

Firmen in Steueroase drohen mit Abwanderung

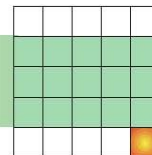
Rechtsexperten wie Dieter Birk von der Universität Münster räumen dem brandenburgischen David gegen den Fiskalritter Goliath durchaus Chancen ein. „Die Beschwerde ist sicher nicht völlig aussichtslos“, sagt Birk dem Handelsblatt. Offensichtlich führe ein Mindesthebesatz für einige Kommunen zu Nachteilen und finanziellen Einbußen, so Birk. Eichels Sprecher hält dagegen die Beschwerde für unbegründet: „Ein Verstoß gegen die Selbstverwaltung liegt aus unserer Sicht nicht vor.“

Mit dem umstrittenen Gesetz sollte den bundesweit insgesamt 18 Gemeinden den Garaus machen, die mit geringen Hebesätzen oder völliger Steuerfreiheit Firmen, häufig auch Konzerntöchter, anlockten. Als besonderer Clou galt es, eine Personengesellschaft zu gründen, da diese pauschal ihre Einkommenssteuerschuld mit der fiktiven Gewerbesteuer verrechnen konnten. Da Beiersdorf-Freudenberg schon vor der Gesetzesverkündung Ende Dezember 2003 den Null-Hebesatz für 2004 festgeschrieben hatte, muss die Gemeinde nun erst 2005 erhöhen - „sofern Karlsruhe uns nicht zur Seite steht“, sagt der Aufsichtsratsvorsitzende der GewerbeFörderung Freudenberg AG Eberhard Teufel dem Handelsblatt.

Steuerberater Teufel gilt als Initiator des Projektes Freudenberg. Vor einigen Jahren legte er den lokalen Volksvertretern ein Konzept für Arbeitsplätze, Infrastruktur, ausgeglichene Haushalte und Null-Hebesatz vor. Finanzieren sollen dies die Unternehmen mit einem „Standortentwicklungsbeitrag“. Jede Freudenberger Firma muss sich vertraglich verpflichten, rund zwei Prozent vom Gewinn vor Steuern und Zinsen an die GewerbeFörderung zu zahlen – gerade einmal 10 Prozent der Gewerbesteuerschuld in einer Großstadt. Die Metropolen Frankfurt/Main und München erheben einen Hebesatz von 490 Prozent, die meisten anderen Großstädte zwischen 420 und 470 Prozent. Bislang haben sich nach Teufelsangaben rund 40 Firmen mit „etwa eben so vielen“ Arbeitsplätzen angesiedelt. Bereits mehrere Firmen hätten angekündigt, nur dann in Freudenberg zu bleiben, wenn der Hebesatz bei Null bleibe, heißt es in der Verfassungsbeschwerde. Von den verbleibenden Unternehmen seien keine nennenswerten Gewerbesteuereinnahmen zu erwarten, so dass ein Haushaltsdefizit entstehen würde.

Überdies ermöglichen es die Besonderheiten des kommunalen Finanzausgleichs Freudenberg und anderen betroffenen Kommunen nicht, den Hebesatz auf nur 200 Prozent anzuheben; vielmehr sind sie faktisch gezwungen den Landesdurchschnitt anzusetzen – in Brandenburg sind das 323 Prozent. Andernfalls müssen sie mehr an Umlagen in den Finanzausgleich zahlen, als sie tatsächlich einnehmen.

Axel Schrinner



Ungesteuert

Tagesspiegel 20.März 2005

Eine Änderung der Gewerbesteuer will der Kanzler. In CDU und FDP fordern sie gar eine Streichung. Das hat Freudenberg längst gemacht – und bekam dann Ärger wegen eines neuen Gesetzes

BEIFRSDORF-FREUDENBERG - Jetzt ist Sie wieder in aller Munde, die Gewerbesteuer: Man wolle ihren Anrechnungsfaktor erhöhen, hat der Kanzler am Donnerstag in seiner Steuerreformrede und Regierungserklärung gesagt, man solle sie besser ganz abschaffen, forderte einen Tag später in Berlin der CDU-Fraktionschef und auf Bundesebene sagt dasselbe der FDP-Fraktionschef. In Freudenberg kann man sich darüber nur freuen, denn das könnte Rückenwind bedeuten. Das brandenburgische Örtchen hat nämlich schon 2003 die Gewerbesteuer abgeschafft - und streitet inzwischen vor dem Bundesverfassungsgericht, weil ein Gesetz deren Wiedereinführung verlangt.

Freudenberg hat nach seiner Fusion mit der Nachbargemeinde Beiersdorf 640 Einwohner. Das Doppeldorf liegt abseits der Bundesstraße 158, die von der polnischen Grenze nach Berlin führt. Die Arbeitslosigkeit beträgt rund 40 Prozent, die paar Handwerksbetriebe, die es hier noch gibt, haben der Gemeinde nicht mehr als 13 600 Euro Gewerbesteuer eingebracht - in acht Jahren. Warum also nicht ganz darauf verzichten und damit vielleicht ein paar Betriebe anlocken?

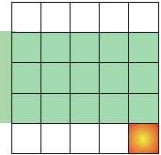
Die Idee dazu kam von dem Berliner Steuerberater Eberhard Teufel. Der hatte Anfang der 90er Jahre ein 51 Hektar großes Areal in Freudenberg von der Treuhand erstanden, danach vergeblich auf die "blühenden Landschaften" gewartet und Schulden angehäuft.

Sein Plan ging so: Die Gewerbesteuer in Freudenberg fällt weg, Teufel gründet eine Freudenberg AG, die Häuser und Grundstücke in dem Ort an Investoren vermietet oder verpachtet. Außerdem gründete Teufel auch noch die BeF Standortentwicklung Freudenberg, die Häuser oder Grundstücke bewirtschaftet oder sichert - und dafür Gebühren nimmt. "Die sind längst nicht so hoch wie die Gewerbesteuer, die diese Firmen anderswo zahlen müssten", sagt BeF-Geschäftsführer Hellmut Cawi. Aber sie reichen aus, damit noch etwas übrig bleibt, wenn Teufel den Haushalt der Gemeinde ausgeglichen hat. Denn darin bestand seine Gegenleistung. "Wir hatten nichts zu verlieren", sagt Freudenbergs ehemaliger Bürgermeister Ronald Buchholz über die damalige Lage. Aber sie hatten zu gewinnen - denn Teufels Rechnung ging auf

32 Handels- und Beratungsunternehmen ließen sich in Freudenberg nieder. Fast alle sind Holdings. Holdings müssen ihre Gewerbesteuer nämlich nicht dort entrichten, wo die meisten Mitarbeiter beschäftigt sind, sondern wo die Geschäftsführung ihren Sitz hat. 2003 hat die Gemeinde von der Freudenberg AG 67 000 Euro erhalten, im vergangenen Jahr 150 000 und 2005 sollen es 60 000 sein. Mit diesen Geldern wurden neue Straßenlampen gekauft. Außerdem soll ein Gemeindezentrum entstehen - als Treffpunkt für Vereine, Senioren und Jugendliche.

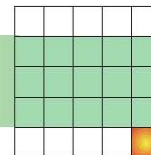
Doch dann hatte Ende 2003 die Bundesregierung ein Gesetz erlassen, wonach jede Gemeinde Gewerbesteuern erheben muss. Seitdem streitet der Ort vor dem Verfassungsgericht. Mitte Februar 2005 haben die Verfassungsrichter einen Eilantrag der Gemeinde auf Aussetzung der Regelung für 2004 abgelehnt. Ob das als schlechtes Zeichen für das Hauptsacheverfahren zu werten ist - darüber scheiden sich die Geister. In Beiersdorf-Freudenberg argumentiert man damit, dass der "Zwang zur Erhebung der Gewerbesteuer die kommunale Finanzhoheit verletzt". Die klagenden Anwälte Dorit Jäger und Dirk Streifler aus Berlin werden von der Freudenberg AG bezahlt, die momentan Schwierigkeiten hat, ihre Mieter bei der Stange zu halten. Deshalb traf sich Hellmut Cawi kürzlich mit dem Landrat von Märkisch-Oderland. Er bat, die Erhebung der Gewerbesteuer so lange auszusetzen bis Karlsruhe entschieden hat. Das wird wahrscheinlich 2006 sein. Der Landrat hat noch nicht entschieden.

Gewerbeförderung Freudenberg AG



Die Einwohner von Beiersdorf-Freudenberg sehen dem Urteil der Verfassungsrichter gelassen entgegen: Ihren größten Wunsch hat auch das "Steuerparadies" nicht erfüllen können: Zehn Arbeitsplätze entstanden dort insgesamt. Nur vier davon für Leute aus dem Dorf.

Sandra Dassler



Steuer-Oase lockt Firma an

Märkische Oderzeitung 13.06.2005

Beiersdorf-Freudenberg. Auf dem Gelände der Gewerbeförderung Freudenberg AG ist gestern die Firma Willy Rast begrüßt worden. Das metallverarbeitende Unternehmen hat seinen Firmensitz von Berlin in den Doppelort verlegt. Grund für die Ansiedlung ist zum einen der dort geltende Gewerbesteuer-Hebesatz von Null Prozent, zum anderen Beschwerden von Berliner Anwohnern wegen der Lärmbelastung. Rechtlich problematisch ist jedoch die Verlagerung von drei Maschinen nach Brandenburg, die mit EU-Fördermitteln für Berlin gekauft wurden.

Noch lugt überall die jüngste Vergangenheit durch: Auf holprigen Plattenwegen fährt man auf das Gelände der Gewerbeförderungs AG Freudenberg, die kargen Treppen und Böden des Verwaltungsgebäudes erinnern stark an die militärische Nutzung zu DDR-Zeiten. Sogar der vergilbte "Kalenderplan der Dienststelle Blumberg" taucht original hinter orangefarbenen Vorhängen auf.

Doch Stück für Stück werden diese Hinterlassenschaften überdeckt. Die Fassade des Hauptgebäudes wird in freundlichem Hellgelb saniert, im Flur grüßt moderne Kunst und aus dem Nachbargebäude dröhnt Maschinenlärm. Hier ist seit kurzem die Firma Willy Rast ansässig. Das metallverarbeitende Unternehmen hat seinen Firmensitz von Berlin-Spandau nach Märkisch-Oderland verlegt, und will in Freudenberg drei neue Arbeitsplätze schaffen. "Wir haben die Firma Rast kurz vor der polnischen Grenze abgefangen. Ohne die Null-Gewerbesteuer wäre sie nicht hierher gekommen", erzählt Wirtschaftsprüfer Eberhard Teufel. Er hat Anfang der 90er Jahre das Terrain bei Freudenberg gekauft und die Gewerbeförderung AG gegründet, die Unternehmen mit einem Gewerbesteuer-Hebesatz von Null Prozent anlocken will.

Rund 50 Firmen haben sich seitdem angesiedelt. Viele Arbeitsplätze sind dadurch allerdings nicht entstanden, und auch der als Gewerbesteuer-Ersatz gezahlte "Entwicklungsbeitrag" betrug 2003 nur 67 000 Euro, 2004 immerhin 150 000 Euro. Die meisten Firmen ließen sich nämlich nur als Holding ohne Geschäftssitz in Freudenberg nieder. Damit zahlen sie ihre Gewerbesteuer weiterhin dort, wo am meisten Mitarbeiter beschäftigt sind.

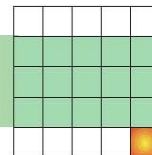
Anders soll es bei dem neuen Bewohner der Gewerbeförderung AG sein. Der Geschäftssitz ist bereits umgemeldet, fünf Dreh- und Fräsmaschinen aufgebaut. "Die Halle wird doppelt so groß", kündigt Geschäftsführer Willy Rast in seiner neuen Produktionsstätte an, als er die ersten Besucher herumführt, darunter den Landtagsabgeordneten Dierk Homeyer, die Landesgeschäftsführerin der Mittel- und Wirtschaftsvereinigung der CDU, Carola Pauly und die Ortsbürgermeister von Beiersdorf und Falkenberg, Willi Huwe und Ronald Buchholz sowie Gemeindevertreterin Petra Dahms.

Das Unternehmen wurde 1974 von Wolfgang Viegelahns Vater und Willy Rast gegründet. Es beliefert hauptsächlich die Firma Siemens und die Autoindustrie. Drei Maschinen, die noch in Berlin stehen, sollen nach Freudenberg verlagert werden. Problematisch ist dabei jedoch, dass diese Geräte mit EU-Fördermitteln für Berlin angeschafft worden sind. "Ob Berlin oder Brandenburg, das dürfte doch kein Unterschied sein", meint Wolfgang Viegelahn. "Da ist eine Sonderregelung zwischen den Ministerien nötig", weiß indes Carola Pauly, die in Vertretung von Europaparlaments-Mitglied Christian Ehler gekommen ist.

Insgesamt zehn Beschäftigte nimmt Wolfgang Viegelahn aus Berlin mit, drei neue Stellen für CNC-Fräser und -Dreher will er vor Ort schaffen. "Ich habe schon Anrufe von Interessierten bekommen", sagt der Berliner Unternehmer, der ganz im Stil der Zeit Turnschuhe zum Nadelstreifen-Anzug trägt.

Wie alle anderen Unternehmer auf dem Gelände zahlt er keine Gewerbesteuer, da die Gemeinde einen Hebesteuersatz von Null Prozent beschlossen hat. Stattdessen erhebt die Gewerbeförderung AG einen Standortentwicklungsbeitrag. Dieser ist als Reserve für den Fall gedacht, dass die Klage beim Verfassungsgericht gegen den Mindesthebesatz von 200 Prozent scheitert. "Wenn die Klage durchgeht,

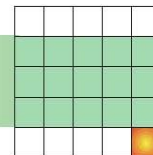
Gewerbeförderung Freudenberg AG



bekommen die Firmen das Geld zurück", sagt Wirtschaftsberater Teufel. Und damit rechnet er fest: "Wir gewinnen die Klage, der Bund hatte nicht die Kompetenz, dieses Gesetz zu erlassen".

Er stützt sich dabei auf das Gutachten der Berliner Rechtsanwälte Dirk Streifler und Dorit Jäger, die die Gemeinde und die Gewerbeförderung als Kläger vertreten. "Wenn die Hebesatzhoheit zum Kernbereich der Selbstverwaltung gehören sollte, könnte das Recht, den Hebesatz festzusetzen, von Vorgaben des Gesetzgebers freizuhalten sein", heißt es in der einstweiligen Anordnung des Bundesverfassungsgerichts (2BvR 2185/04). Die Rechtsanwälte interpretieren diesen Satz folgendermaßen: "Diese Aussagen zeigen deutlich, dass das Bundesverfassungsgericht der Souveränität der Gemeinden einen hohen Stellenwert beimisst. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Entscheidung zu Gunsten der Gemeinde ausfällt, ist groß".

Von Katrin Lechler



Pressemitteilungen zu anderem Ort

DER SPIEGEL

Reich hinterm Deich

DER SPIEGEL 37/2002 - 09. September 2002 - Auszug

Wie Großkonzerne das deutsche Steuerparadies Norderfriedrichskoog entdecken.

In der Koogstraat 4, hinter dem Deich von Norderfriedrichskoog, ist die Welt noch in Ordnung. Unter dem Dach brüten die Schwalben. Auf dem Hof rennen ein Dutzend Hühner und der Esel Albert herum. Und im Stall käuen über 100 satte Rinder ihre Morgenmahlzeit wieder. Früher vermietete Hofbesitzerin Margret Dircks ihre Zimmer an Ökofans aus der Stadt als "schadstoffarme Ferienwohnung". Früher. Denn nun hat sich bei ihr die Deutsche Bank einquartiert.

Ein silbrig glänzender BMW mit Frankfurter Kennzeichen und ein diskretes Schild mit der Aufschrift DB Investor neben dem bunten Fliegenvorhang künden davon, dass hier im Nordfriesischen neuerdings zwei Welten unvermutet aufeinander treffen.

Die Banker interessiert nicht so sehr die reine Luft von Norderfriedrichskoog. Allenfalls wollen sie hier Ferien vom deutschen Fiskus machen. Deshalb haben sie seit Anfang des Jahres ihre milliardenschweren Beteiligungen in dem 45Seelen-Ort auf der Halbinsel Eiderstedt, zwischen Husum und St. Peter-Ording, geparkt.

Billig ist das Ganze nicht. "Der Mietpreis ist hier höher als in der Innenstadt von Frankfurt", sagt Dircks mit verschmitztem Lächeln. Doch dafür bietet die Gemeinde mit den 13 Backsteinhöfen und zwei Einzelhäusern etwas, wovon offenbar viele Unternehmer in Deutschland bislang nur träumen: Gewerbe- und Grundsteuer liegen bei null Prozent.

Das war schon immer so. Die Bauern halfen 1907 beim Deichbau mit ihren Pferdefuhrwerken und erhielten von ihrer Gemeinde das neu gewonnene Land auf Kredit. Noch bis 2008 kassiert die Gemeinde allein dafür jedes Jahr 25 000 Euro. Das ist mehr als genug, um die zwei Gemeindestraßen zu unterhalten. Straßenlaternen gibt es hier nicht. "Wir sind ein sparsamer Koog", sagt Dircks.

In den späten siebziger Jahren entdeckten die ersten kleinen Mittelständler und Immobilienmakler das Steuerparadies hinterm Deich. Doch erst als 1995 der Bundesrechnungshof die fiskalischen Zustände in Norderfriedrichskoog beklagte, wurden die erst richtig bekannt.

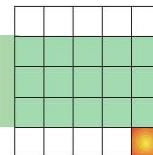
So ganz genau weiß selbst Bürgermeister Hinrich Thiesen nicht, wie viel hundert Firmen es mittlerweile in seinem Koog gibt. Er hat die gute Stube in seinem reetgedeckten Haus vermietet, die Scheune in ein kleines Bürohaus verwandelt und den Stall ausgebaut. "Ich bin voll bis unter die Decke", sagt er.

Die Firmen, die hinter dem Deich ihre Deals abwickeln wollen, werden immer größer. Offenbar haben auch renommierte Unternehmen wie Unilever, Eli Lilly, E.on oder die Deutsche Bank keine Hemmungen mehr, als Steuerflüchtlinge angesehen zu werden.

Der Fiskus erkennt die Neugründungen an, wenn die Firmen nachweisen können, dass sie tatsächlich vor Ort arbeiten. Frau Dircks hat sich auf die Bedürfnisse der Steuerflüchtlinge eingestellt und betreut mit ihrer Büroservice GbR mindestens zwei Dutzend Firmen. "Das geht nur mit rationellem Hausfrauendenken", sagt sie firm.

Größere Kunden haben ein eigenes Telefon, das von ihr oder einer der beiden Teilzeitkräfte bedient wird. Ihr Untermieter Deutsche Bank allerdings arbeitet mit eigenem Personal.

Gewerbeförderung Freudenberg AG



Vier Geschäftsführer und einen Prokuristen hat der Branchenführer nach Schleswig-Holstein abkommandiert, um dem Fiskus zu beweisen, dass hier tatsächlich alles mit rechten Dingen zugeht. Einer der Banker zeigt sich sogar an einem Montag, wenn in den meisten anderen Steuersparbüros des Ortes noch gähnende Leere herrscht. Steuern werden hier offenbar vor allem von Dienstag bis Donnerstag gespart.

Der Dirckssche Untermieter aus dem fernen Frankfurt verschwindet schnell und will in keinem Fall darüber reden, was er hier so treibt. Vielleicht ist ihm aber auch nur das rote T-Shirt peinlich, mit dem er unterm Dach dem friesischen Sommer trotzt.

In der Koogstraat 4 wird beispielsweise seit dem 26. Februar, so steht es im Handelsregister, das DaimlerChrysler-Aktienpaket im Wert von rund fünf Milliarden Euro verwaltet. Die Deutsche Bank hat an diesem Tag die Karu Beteiligungsverwaltungs GmbH & Co. KG, in der sie ihre 12,1 Prozent an dem Autokonzern hält, von Eschborn nach Norderfriedrichskoog verlagert.

Auch über das Schicksal der Beteiligungen an der Allianz, Continental, Heidelberger Zement, Südzucker oder Linde im Wert von mehreren Milliarden Euro wird in der ehemaligen Ferienwohnung hinterm Deich entschieden. Als persönlich haftende Gesellschaft der vielen GmbH & Co. KGs mit Sitz in Norderfriedrichskoog tritt

die dort ebenfalls ansässige DB Enterprise GmbH auf. Auch der Verkauf der Münchener-Rück-Beteiligung für 1,6 Milliarden Euro erfolgte schon aus dem idyllischen Steuerparadies an der Koogstraat.

Ende 1998 machte die Deutsche Bank Schlagzeilen, als sie ihre Beteiligungen von Frankfurt nach Eschborn auslagerte, wo der Hebesatz für die Gewerbesteuer deutlich niedriger lag. Nun muss sich der Eschborner Kämmerer wie vorher schon die Oberbürgermeisterin von Frankfurt auf dramatisch sinkende Gewerbesteuereinnahmen einstellen.

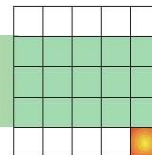
Insgesamt dürfte die Deutsche Bank allein bei ihrer DaimlerChrysler-Beteiligung einen zweistelligen Millionenbetrag sparen, weil die Dividenden aus Stuttgart gewerbesteuerfrei bleiben.

Vermieterin Dircks gewöhnt sich langsam an die neuen Dimensionen. "Millionen oder Milliarden - das macht doch letztlich keinen Unterschied", sagt sie beherzt. Sie sei keine Neiderin und fände es absolut legitim, dass jemand Steuern sparen will.

Jetzt soll expandiert werden. Dircks geht davon aus, dass in Norderfriedrichskoog demnächst ein kleines Bankenviertel in den Bauernhäusern entsteht. Da trifft es sich gut, dass ihre Tochter demnächst auszieht. Die 29-jährige wohnt noch unter dem Dach - direkt neben der Deutschen Bank.

Ihre besten Kunden dürfen bei Frau Dircks an den Küchentisch und werden mit Krabbenbrot und Bier bewirtet. Für diejenigen, die nach solchen anstrengenden Gesellschafterversammlungen den Weg nach Frankfurt oder München nicht mehr schaffen, steht immer ein Zimmerchen bereit.

Christoph Pauly
© DER SPIEGEL 37/2002



Gewerbesteueroase Gemeinde Norderfriedrichskoog (Schleswig-Holstein)

(OFD Münster, Informationen vom 12. 9. 2000 - G 1467 - 3- St 12-34)

Die Gemeinde Norderfriedrichskoog in Schleswig-Holstein hat den für ihr Gemeindegebiet gültigen GewSt.-Hebesatz gem. § 16 GewStG auf null v. H. festgesetzt. Es wird somit keine GewSt. durch die Gemeinde erhoben. Dieser Steuervorteil könnte möglicherweise zukünftig von noch größerem Interesse sein, weil mit Einführung des § 35 EStG i. d. F. des StSenkG eine Minderung der auf die gewerblichen Einkünfte entfallenden tariflichen ESt. i. H. von 180 v. H. des GewSt.-Messbetrags erfolgt.

Sollte eine Mitteilung über die Verlegung der Geschäftsleitung eines bisher in einem anderen FA geführten Betriebs nach Norderfriedrichskoog vorliegen, so sind vor Abgabe der Akten an das FA Husum oder das FA Flensburg zunächst weitere Informationen anzufordern, die zur Klärung beitragen, ob die Geschäftsleitung nunmehr tatsächlich von Norderfriedrichskoog aus erfolgt (z. B. Kauf- oder Mietverträge, Beschreibung der Betriebsräume, Arbeitsverträge, Auskünfte des Einwohnermeldeamts).

Gründen Stpfl. mit Wohnsitz oder Sitz im hiesigen Finanzamtsbereich eine Kapitalgesellschaft mit Sitz in Norderfriedrichskoog, kann sich ebenfalls weiterer Klärungsbedarf hinsichtlich der tatsächlichen betrieblichen Gegebenheiten ergeben.